



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 08.02.2018, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 August-Lämmle-Schule, Westfalenstraße 54 -
Vergabe 4. Ausschreibungspaket
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 007/18

Beschlussempfehlung:

Der Vergabe der nachfolgenden Gewerke für die August-Lämmle-Schule, Westfalenstraße 54 in Oßweil wird zugestimmt.

	Gewerk	Firma	Verfügte Summe inkl. 19 % MwSt. (Auftragssumme+ca. 15 %)
1.	Landschaftsgärtnerische Arbeiten	Benignus GmbH Weissacher Str. 83 71522 Backnang	910.000 EUR
2.	Dachdeckerarbeiten Bau A	Bedachungen Albert GmbH Römerstraße 30 74399 Walheim	108.000 EUR
3.	Außenputz/Wärme- dämmverbundsystem	MS Stuckateurbetrieb Badstubenstrasse 9 74385 Pleidelsheim	185.000 EUR

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Empfehlungsbeschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Th. Lutz
Stadtrat Seybold

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** begrüßt die Anwesenden zur Sitzung. Er stellt fest, dass es seitens des Gremiums keine Einwände gegen die Tagesordnung gebe. Er ruft den Tagesordnungspunkt 1 auf.

Seitens des Gremiums wird auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet. BM **Ilk** stellt sodann die Vorlage 007/18 zur Abstimmung.

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** ruft Tagesordnungspunkt 2 auf.

Herr **Sonnet** (Technische Dienste Ludwigsburg) informiert anhand einer Präsentation über den Winterdienst. Diese liegt der Niederschrift bei. Trotz des milden Winters 2017/2018 habe es 7 Volleinsätze gegeben. Es seien Rufbereitschaften und Bereitschaftsdienste eingerichtet. Er erläutert die Kategorisierungen der Straßen, die verschiedenen Salzausbringungen und den Salzbedarf der vergangenen Jahre. Es seien pro Volleinsatz 80 Mitarbeiter im Einsatz, maximal stunden 140 Mitarbeiter für den Winterdienst zur Verfügung.

Für Stadtrat **Noz** sei ersichtlich, dass der Winterdienst die Mitarbeiter brauche. Er fragt, wie Radwege gestreut würden und ob Wohnsammelstraßen gestreut würden. In Bezug auf die Streuung von Gehwegen möchte er wissen, warum die Stadt Salz verwende, dies aber Bewohnern nicht erlaubt sei.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** dankt für den interessanten Bericht. Die Priorisierung in der Räumung und Streuung hält sie für gut. Die Situation der Radwege bezeichnet sie als heikel, vor allem auf der Südseite des Schlosses und der Schlossstraße bergab. Sie fragt, ob dort immer mit Salz gestreut werde.

Stadtrat **Juranek** lobt die Arbeit und die Mitarbeiter der Technischen Dienste. Vor allem die Hanglagen seien wichtig beim Winterdienst.

Stadtrat **Rothacker** dankt für die Arbeit des Winterdienstes. Die Winter seien nicht mehr so hart wie früher. Er erkundigt sich, wann das neue Streugut und wann Salz ausgebracht werde.

Dem Dank schließt sich Stadträtin **Burkhardt** an. Da die vergangenen Winter mild gewesen seien, habe es nicht so viele wütende Anrufe aus der Bevölkerung gegeben. Das Grundproblem sei aus ihrer Sicht das Salzstreuen. Bspw. sei es im Gebiet Marienwahl eine hohe Belastung für die Grünflächen. Eine von ihr geforderte Vorlage zum Thema, wie Salz auf Bäume und Grünflächen einwirke, sei bis heute nicht von der Verwaltung vorgelegt worden. Sie bittet um Information zu diesem Thema. Sie fragt, wonach entschieden werde, ob ein Thema in Form einer

Mitteilungsvorlage oder eines Berichts vorgestellt wird.

Stadtrat **Lettrari** dankt den Mitarbeitern des Winterdienstes. Diese seien schon unterwegs, bevor der Busverkehr am Morgen beginne. Dass die Technischen Dienste maßvoll streuen findet er positiv. Er plädiert dafür, dass bei Starkwinter-, wie auch bei Starkregenereignissen, generell 30 gefahren werden solle.

BM **Ilk** erklärt, dass bei Gemeinderatsentscheidungen Vorlagen erstellt würden. Außerdem werde nach zeitökonomischen Gründen entschieden, ob ein Bericht oder Vorlage vorgestellt wird.

Herr **Sonnet** antwortet, dass Wohnsammelstraßen zur Kategorie 3 gehörten und damit geräumt und gestreut würden. Radwege würden mitgestreut, sofern sie nicht auf Wohnstraßen liegen. Radwege würden überwiegend mit Salz gestreut. Anwohner hätten wenige Meter Gehweg zu streuen. Bei der Länge der Gehwege von mehreren hundert Kilometern für die Stadt sei es nicht vertretbar, diese mehrfach zu räumen und zu streuen. Daher verwende man hier häufig auch Salz.

Herr **Schroff** (Technische Dienste Ludwigsburg) ergänzt, dass die gültige Gehwegsatzung durch den Gemeinderat beschlossen worden sei.

Zu den Radwegen führt Herr **Sonnet** weiter aus, dass in Ebenen Sole, in Gefällen Salz ausgebracht werde. Spritzwasser lasse sich nicht vermeiden, insbesondere bei Tauwetter. Das Ausbringen von Sole sei nicht immer möglich und sei witterungsabhängig.

Auf die Frage von Stadträtin **Dr. Knoß**, ob ein Notfalltelefon eingerichtet sei, antwortet Herr **Sonnet**, dass die Technischen Dienste unter der Telefonnr. 910-2311 ab 6.30 Uhr erreichbar seien. Außerdem nehme er ihre Anregung mit, bei gemeinsamem Fuß- und Radweg nicht nur eine Spur zu räumen.

Laut Stadträtin **Burkhardt** würden Bürger animiert, Salz zu streuen, wenn dies die Stadt auch mache. Sie fragt, ob es Kontrollen für Anwohner gebe.

BM **Ilk** antwortet, dass der Fachbereich Sicherheit und Ordnung dafür zuständig sei. Er dankt abschließend den Mitarbeitern der Technischen Dienste für deren Arbeit.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen nichtoffenen Realisierungswettbewerb mit Ideenteil (Walckerpark) auf Grundlage der beigefügten Auslobungsunterlagen durchzuführen.
2. Die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel in Höhe von **120.000 Euro** werden freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Th. Lutz
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** ruft Tagesordnungspunkt 3 auf.

Frau **Dr. Mayer-Dukart** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) erläutert die Auslobungsunterlagen zum Wettbewerb Walckerpark anhand einer Präsentation. Diese liegt der Niederschrift bei. Der Walckerpark liege im Sanierungsgebiet Untere Stadt und das Förderprogramm sei bis 2021 verlängert worden. Eine Abstimmung mit dem Bürgerverein Untere Stadt und ein Runder Tisch mit den Anwohnern hätten bereits stattgefunden. Zusätzlich sei eine Anliegersammlung geplant. Die Stadt sehe eine große Chance für das nördliche Innenstadtareal.

Herr **Strass** (Fachbereich Tiefbau und Grünflächen) führt weiter aus, dass es auf dem Areal einen wertvollen Baumbestand mit 160 Bäumen gebe. Der vorhandene Spielplatz solle erneuert und verbessert werden. Es sei sinnvoll, die Parkierung in den westlichen Bereich des Gebiets zu verlegen. Die Anbindung an die Bietigheimer Straße solle optimiert werden. Die Kündigung der Pachtverträge mit den Nutzern der städtischen Fläche müsse bis zum 30.04.2018 erfolgen.

Stadtrat **Noz** bezeichnet die Planungen als nicht ganz glücklich. So würden sie dem Favoriteparktunnel zuwiderlaufen, durch den dann enorme Maßnahmen nötig würden. In Bezug auf die mögliche Landesgartenschau, von der der Walckerpark ein Teilprojekt wäre, sei es jetzt der falsche Zeitpunkt. Da es im Westen angrenzend bereits Wohnbebauung gebe, sollte geprüft werden, ob auch im westlichen Walckerpark Wohnbebauung möglich sei. Nichtsdestweniger seien die Parkplätze dringend vonnöten, so Stadtrat Noz. Da die Kita im Marstall erweitert werden soll, fragt er, ob diese nicht auf dem Walckerareal errichtet werden könne. Die Vorlage sei aus der Sicht der Fraktion so nicht zustimmungsfähig.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** sieht die einmalige Chance zur Aufwertung des Areals. Sie sei gespannt auf die Ideen und Entwürfe zum Walckerpark. Den Favoriteparktunnel bezeichnet sie als Griff in die Mottenkiste; die Straßenkreuzung würde das gesamte Gebiet zerschneiden. Die Idee von Frau Dr. Mayer-Dukart mit Urban Gardening bewertet sie positiv. Ein Parkhaus auf dem Areal könne sich die Fraktion nicht vorstellen. Für die Landesgartenschau könnte auf dem Gelände eine Aktionsfläche eingerichtet werden. Dass die Geschichte des Areals aufgenommen werden soll, sei

gut, ebenso die Erhaltung der gesunden Bäume. Sie bittet um Erläuterung der Radwegführung.

Laut Stadträtin **Liepins** könne nach jahrelanger Diskussion nun der große Wurf kommen. Die Innenhofsituation sei momentan nicht zufriedenstellend, durch den Wettbewerb könne eine attraktive Fläche mit Aufenthaltsqualität entstehen. Für das in der Nähe liegende Pflegeheim und den Kindergarten sowie die gesamte Untere Stadt sei es eine Naherholungsfläche. Die Parkplätze seien wichtig für die Anwohner und die Angehörigen der Altenheimbewohner. Sie erwarte sich vom Wettbewerb gute Vorschläge. Positiv sei die Einbeziehung der überdimensionierten Einfahrt zur Bietigheimer Straße. Die Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Nachdem die Untere Stadt eine hohe Förderung erhalten habe, solle nun der letzte unsanierte Teil angegangen werden, so Stadtrat **Rothacker**. Das Walckerareal sei wichtig für das ganze Gebiet. Die Parkplätze seien wichtig für die Mitarbeiter des Pflegeheims, die im Dreischichtbetrieb arbeiten würden. Die Fraktion spreche sich an der Stelle für ein begrüntes Parkhaus aus. Er nennt das Beispiel der Stadt Warwick in England und bittet darum, die Fokussierung auf eine Tiefgarage aus dem Wettbewerb herauszunehmen.

Für Stadträtin **Burkhardt** sei die Sanierung des zum grünen Ring gehörenden Parks dringend notwendig. Sie plädiert für die Integration eines Parkhauses in die Hanglage zur B 27, allerdings sollte die Festlegung auf die Fläche für eine Parkgarage aus dem Wettbewerb gestrichen werden. Sie hofft, dass die Planung schnell umgesetzt werde. Die Abstimmung mit dem Verein und den Anwohnern der Unteren Stadt sei positiv, sie vermisst aber die Einbeziehung der Naturschutzverbände und des Beirats für Umwelt und Landwirtschaft. Diese sollten in die weiteren Planungen einbezogen werden. Sie hofft auf kreative Ideen für die Gestaltung.

Stadtrat **Lettrari** stimmt der Vorlage zu, da es sich um einen Wettbewerb für die zukünftige Gestaltung handle. Das ehemals „Täle“ bezeichnete Gelände sei ein schönes Areal am Stadteingang, das gut gestaltet werden sollte. Die momentane Situation sei nicht tragbar.

Laut BM **Ilk** wäre ein begrüntes Parkhaus wie das in Warwick eine der Möglichkeiten für den Walckerpark. Der Favoriteparktunnel sei nicht aktuelle Beschlusslage, sagt er an Stadtrat Noz gerichtet. Für den Walckerpark befinde man sich in der Bürgerbeteiligung, der Wettbewerb liefere die weiteren Grundlagen der Planungen. Dass die Landesgartenschau mitgedacht wird, sei selbstverständlich; deren Ansatz sei gerade die Vernetzung von Grünflächen in der Stadt, auch durch den grünen Ring.

Herr **Kurt** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) ergänzt, dass der südliche Wohnblock nicht ergänzt werden könne, da darunter der Hauptsammler des Kanalsystems verlaufe und nicht überbaut werden dürfe. Zur Kita-Erweiterung der Marstall-Kita wolle man sich mit dem Fachbereich Bildung und Familie abstimmen. Durch den Wettbewerb wolle man die beste Lösung finden. Die Aufgabenstellung lasse vielfältige Ideen und Gestaltungen zu.

Frau **Dr. Mayer-Dukart** ergänzt, dass Parkplätze am dortigen Ort notwendig seien und deren Anzahl moderat zunehmen könnte. Für die Landesgartenschau sei das Konzept integrierter Bestandteil. Die Konditionen seien jetzt günstig, allerdings schließe sich das Zeitfenster der Städtebauförderung. Da der Parksuchverkehr reduziert werden soll, sei die Verortung des Parkraums im Westen des Areals; der genaue Ort bleibe aber offen.

Aus Sicht von Stadtrat **Noz** gebe es keinen besseren Ansatz, den Favoriteparktunnel zu planen als jetzt, wo der Schlossstraßentunnel vielleicht realisiert werde. Im Westen des Walcker-Areals bringt er Cubes für Flüchtlingswohnungen ins Gespräch. Solange die Frage der Erweiterung der Marstall-

Kita nicht geklärt sei, stimme die Fraktion nicht zu.

Stadtrat **Link** plädiert für eine Parkpalette, die Anwohner müssten schließlich parken können.

Stadträtin **Burkhardt** gibt nochmals zu bedenken, die Ortsbestimmung für die Parkierung aus dem Wettbewerb zu nehmen. Im Osten des Areals seien weniger Bäume betroffen.

Laut Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** würden in zehn Jahren nicht mehr so viele Parkplätze gebraucht. Daher sollten andere Vorschläge gemacht werden.

Stadtrat **Remmele** spricht sich für eine begrünte Quartiersgarage aus.

Der Ort der Parkierung sollte aus Sicht von Stadträtin **Liepins** im Wettbewerb drinbleiben. Bei einer Tiefgarage sieht sie ein Sicherheitsproblem. Sie spricht sich klar gegen eine Flüchtlingsunterkunft am dortigen Standort aus.

Stadtrat **Link** wirft ein, dass ein alleiniger Schosstunnel keine Entlastung für Eglosheim und Hoheneck bringe.

BM **Ilk** fasst zusammen, dass durch den Wettbewerb Lösungsansätze gewonnen werden. Aufgrund des Wettbewerbs werde man dann entscheiden können. Er stellt sodann die Beschlussvorlage 026/18 zur Abstimmung und schließt daraufhin den öffentlichen Teil der Sitzung.